

Positionspapier der SPD im Kreis Groß-Gerau  
zur Thematik

**Anforderungen an ein kooperatives Nachbarschaftsverhältnis  
Flughafen – Kreisgebiet Groß-Gerau**

Ausgangslage:

Am 18.12.2007 erging durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens. Nach der Eilentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes und sein darauf folgendes Urteil vom 21.08.2009 schuf die Fraport AG mit der Durchführung der Rodungs- und Baumaßnahmen Fakten.

Die SPD im Kreis Groß-Gerau hat sich von Beginn an gegen einen Ausbau des Frankfurter Flughafens am jetzigen Standort ausgesprochen, weil die Lage inmitten des dicht besiedelten Ballungsraumes Rhein-Main weder im Hinblick auf die Inanspruchnahme verbliebener Naturräume noch bezogen auf die dadurch drastisch steigende Fluglärmbelastung vertretbar erscheint.

Die neue Nordwest-Landebahn ist jetzt bereits in weiten Teilen erstellt, und eine Inbetriebnahme steht zu erwarten. Umso wichtiger ist für die SPD des Kreises Groß-Gerau daher in dieser Phase, dass die seitens der Hessischen Landesregierung nach Abschluss des Mediationsverfahrens zugesagten Schutzregelungen zur Abwehr von starker Belästigung und Gesundheitsgefahren durch Fluglärm tatsächlich auch konsequent umgesetzt werden.

Nachtflugverbot:

Es kommt einem Skandal gleich, dass die immer wieder beschworene Balance des Mediationsergebnisses, nämlich Ausbau einerseits, Nachtflugverbot und Anti-Lärm-Pak(e)t andererseits offenkundig von der Hessischen Landesregierung nicht mehr ernst genommen wird. Trotz immer wieder getätigter Versprechungen im Hinblick auf die Realisierung eines Nachtflugverbotes zwischen 23.00 und 05.00 Uhr werden durch die Landesregierung seit geraumer Zeit fortwährend Maßnahmen gegen eine Ruhephase in der Nacht auf den Weg gebracht.

Die SPD im Kreis Groß-Gerau ist empört darüber, dass

- der Planfeststellungsbeschluss durchschnittlich 17 Flüge in der „Mediationsnacht“ und durchschnittlich 150 Flüge für den restlichen Zeitraum der gesetzlichen Nacht vorsieht;
- die Landesregierung die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes zugunsten des Mediations-Nachtflugverbotes nicht akzeptiert und deshalb ein Revisionsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht initiiert hat;
- das Land Hessen mit großem Engagement Bundesratsinitiativen der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ablehnt, die auf eine Bewahrung der gesetzlichen Grundlagen für die Erteilung von Nachtflugverboten zielen. Offenkundig wird damit die Absicht, ein Nachtflugverbot gemäß Mediationsergebnis für den Frankfurter Flughafen mit allen Mittel abwehren zu wollen.

Die SPD im Kreis Groß-Gerau hält den Schutz der Nachtruhe zwischen 22.00 – 06.00 Uhr für erforderlich. Unabhängig davon verlangen wir Sozialdemokraten von der Hessischen Landesregierung, dass sie die Politik des Vertrauensbruchs gegenüber der von Fluglärm betroffenen Bevölkerung aufgibt, sich zumindest zum Mediations-Nachtflugverbot zwischen 23.00 – 05.00 Uhr bekennt und entsprechend handelt.

#### Anti-Lärm-Pak(e)t/Maßnahmenpaket des Forums Flughafen und Region:

Die Verpflichtung, auch innerhalb des Tagzeitraumes die ausbaubedingten Mehrbelastungen an Fluglärm in der Region durch geeignete Maßnahmen des aktiven Schallschutzes zu mindern, ist Ergebnis der Mediation. Die Erarbeitung eines sogenannten „Anti-Lärm-Pak(e)ts“ wurde als ein „untrennbar mit dem Ausbau verbundener Bestandteil“ der Gesamtlösung der Mediation festgeschrieben.

Die SPD im Kreis Groß-Gerau bedauert, dass entgegen der Absicht der Mediation die Umsetzung von aktiven Schallschutzmaßnahmen bislang – im Vergleich zum Bau der Landebahn – noch keinerlei sichtbare bzw. hörbare Ergebnisse gebracht hat. Gerade auch deswegen unterstützt die SPD im Kreis Groß-Gerau die Arbeit des im Jahr 2008 eingerichteten Expertengremiums ‚Aktiver Schallschutz‘ im Forum Flughafen und Region.

Wir wissen, dass die Arbeit an wirksamer Fluglärminderung unter Berücksichtigung der unzureichenden gesetzlichen Schutzgrundlagen nicht einfach ist. Die Maßnahmen des aktiven Schallschutzes sind aber Teil des Mediationsversprechens gegenüber der erheblich durch Fluglärm belasteten Bevölkerung und müssen deshalb jetzt zeitnah, also auch schon vor Inbetriebnahme der neuen Bahn, zur Umsetzung kommen.

Wir erwarten:

- Die Arbeit des Expertengremiums ist durch entsprechende Bereitstellung von Ressourcen durch die Landesregierung sowie die Luftverkehrswirtschaft so zu unterstützen, dass kurzfristig wirksame sowie umsetzungsfähige Maßnahmen vorgestellt und realisiert werden können;
- Maßnahmen mit Lärm verteiler Wirkung müssen in der Bilanz ihrer Minderungswirkung eindeutig sein und sollen vorrangig zur Entlastung höchstbelasteter Wohnbevölkerung dienen;
- Die hohe Ausgangsbelastung im Kreisgebiet Groß-Gerau ist ebenso zu berücksichtigen, wie die ausbaubedingten Lärmzunahmen;
- Maßnahmen, die keine Lärm verteilende Wirkung haben, wie beispielsweise die durch technische Änderungen erreichbare Minderung des Lärms am Flugzeug selbst, genießen hohe Priorität. Die Luftverkehrsgesellschaften haben daher, trotz den mit der Umrüstung verbundenen Kosten, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass Bestandsgerät entsprechend überarbeitet und die Modernisierung der Flotten engagiert vorangetrieben werden;
- Satellitengestützte Navigation für den An- und abfliegenden Verkehr ist Grundlage für alle wesentlichen modernen Optimierungsmöglichkeiten bei der vertikalen wie lateralen Flugführung. Dieses Potential ist so schnell wie möglich zu erschließen.  
Über geeignete Maßnahmen (z. B. Bonus- Malussysteme) ist daher der erforderliche technische Ausstattungsstand in den Flugzeugen zur umfänglichen Einführung satellitengestützter Navigation am Frankfurter Flughafen konsequent zu verbessern.

### Lastenausgleich:

Vielen Kommunen des Kreises Groß-Gerau entstehen durch den intensiven Flugbetrieb am Frankfurter Flughafen in erheblichem Umfang Lasten. Diese reichen von teilweisen oder vollständigen Beschränkungen der Wohnsiedlungsentwicklung bis zu erhöhten Aufwendungen für die soziale Infrastruktur aufgrund negativer, fluglärmbedingter sozialstruktureller Entwicklungen.

Es ist daher nicht hinnehmbar, dass Vorteile und Lasten aus dem Betrieb des Frankfurter Flughafens so ungleich verteilt sind.

Die SPD im Kreis Groß-Gerau hält ein angemessenes Lastenausgleichssystem für die Kommunen, die im Wesentlichen durch Nachteile des Flugbetriebs belastet sind, auch deshalb für dringend erforderlich, um eine finanzielle und soziale Abwärtsspirale in Teilen des Kreisgebietes abwehren zu können.

Die hessische Landesregierung hat in der Beschreibung der Aufgaben der Mediation, des Regionalen Dialogforums sowie des Forums Flughafen und Region immer wieder den Lastenausgleich aufgenommen. Ziel sollte eine faire Kompensationsregelung sein, die die vorhandenen z. T. divergierenden Interessenlagen einzelner Kommunen hinreichend berücksichtigt.

Für die SPD des Kreises Groß-Gerau ist derzeit nicht erkennbar, dass an einem Modell für einen Lastenausgleich gearbeitet wird. Die hessische Landesregierung wird daher aufgefordert, schnellstmöglich hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten und die aus dieser Gruppe heraus entwickelten Vorschläge in einem Dialog mit der Region erörtern zu lassen.

### Schlussbemerkungen:

Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Maßnahmen und ein angemessener Lastenausgleich stellen die Grundlage für ein auf Kooperation ausgerichtetes nachbarschaftliches Verhältnis zum Frankfurter Flughafen dar. Die SPD im Kreis Groß-Gerau ist der Auffassung, dass auch der Flughafen aufgrund seines wachsenden Bedarfes an Wohninfrastruktur ein Interesse daran haben muss, das in den letzten Jahren stark belastete Verhältnis zu den Städten und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau zu verbessern. Wir fordern daher sowohl die Landesregierung, als auch die Flughafenbetreiberin und die sonstigen Akteure auf Seiten der Luftverkehrswirtschaft dazu auf, endlich konsequent die kommunalen Interessenlagen im fluglärmbelasteten Umfeld des Airports zu berücksichtigen. Dies macht zwingend das aktive Zutun bei der Minderung der Gesamtbelastungen erforderlich, die seitens einzelner Kommunen zu tragen sind. Zur Wiedererlangung von Vertrauen ist vor allem ein sofortiges und uneingeschränktes Bekenntnis zum Nachtflugverbot gemäß Mediationsergebnis seitens der Landesregierung sowie der Fraport vonnöten.

Unterschriften hauptamtlicher Mitglieder von Kreisausschuss, Magistraten und  
Gemeindevorständen



Thomas Will  
Landrat



Stefan Gielowski  
Oberbürgermeister Rüsselsheim



Manfred Ockel  
Bürgermeister Kelsterbach



Horst Gölzenleuchter  
Bürgermeister Büttelborn



Richard von Neumann  
Bürgermeister Ginsheim-Gustavsburg



Ingo Waltz  
Bürgermeister Nauheim



Heinz-Peter Becker  
Bürgermeister Mörfelden-Walldorf



Thomas Schell  
Bürgermeister Biebesheim



Erika Zettel  
Erste Stadträtin Riedstadt



Silke Klinger  
Stadträtin Rüsselsheim



Thomas Jühe  
Bürgermeister Raunheim



Gerald Kummer  
Kreisbeigeordneter

Unterschriften der Ortsvereinsvorsitzenden bzw. ihrer Stellvertreter



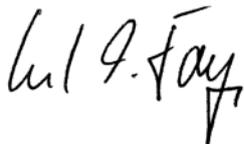
OV Gustavsburg



OV Ginsheim



OV Bischofsheim



OV Rüsselsheim



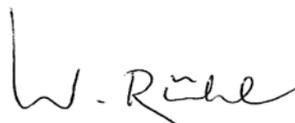
OV Mörfelden-Waldorf



OV Raunheim



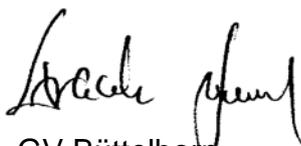
OV Kelsterbach



OV Trebur



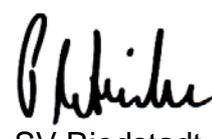
OV Nauheim



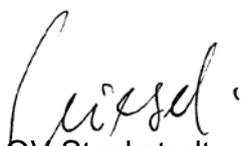
GV Büttelborn



OV Groß-Gerau



SV Riedstadt



OV Stockstadt



OV Biebesheim



OV Gernsheim